

Schlagt nicht den Sack ...

Geht die Schuldenkrise Griechenlands auf ein „Komplott“ zurück? Zumindest die Überschrift eines UZ-Artikels¹ lässt das vermuten. Da hierin viel von dem aufgeführt wird, was zur Zeit die Diskussion von Talkshows bis zu Gewerkschaftszeitungen bestimmt, möchte ich hierzu einige kritische Bemerkungen machen.

1. Es wird behauptet, Schuld an der Katastrophe der griechischen Staatsfinanzen sei die *vom Finanzsystem ausgelöste Krise und das Ungleichgewicht im internationalen Handelsaustausch*. Hauptschuld sei der Exportüberschuss Deutschlands. Nun hat die Finanzkrise alle industrialisierte Länder mehr oder weniger erfasst, wieso folgt daraus speziell die Extremverschuldung Griechenlands? Wenn der Exportüberschuss Deutschlands Ursache für eine Verschuldung ist, wieso ist Griechenland so stark betroffen, obwohl es erst auf Platz 25 der BRD-Handelspartner steht? Warum nicht Polen, Platz 10, das fast fünf mal so viel aus Deutschland kauft, als Griechenland? Wenn der deutsche Überhang im Handel mit Griechenland der Grund der Verschuldung wäre, warum ist dann z.B. Kroatien nicht Schuldenkönig, bei dem der Überhang ähnlich krass ist?
Zusatzfrage: Was ist mit Irland, das auch ganz oben bei den stark verschuldeten Ländern rangiert? Bei Irland ist es umgekehrt, es exportiert 3,7 mal mehr nach Deutschland, als es von hier importiert.²
Zweite Zusatzfrage: China verkaufte 2009 für 18,9 Milliarden Euro mehr an Deutschland als es von hier bezog.³ Ist damit China verantwortlich für die deutsche Staatsverschuldung?

2. Der Artikel erklärt *die zurückbleibenden Löhne und Gehälter wären der ausschlaggebende Faktor zugunsten der deutschen Unternehmen - zu Lasten also der deutschen wie der griechischen ArbeiterInnen und Angestellten*. Richtig ist: nicht Deutschland sondern Griechenland ist innerhalb der EU ein Billiglohnland. Die Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft betragen im Jahr 2006 in Deutschland 26,72 Euro, in Griechenland 15,77 Euro⁴. Zur Entwicklung der Lohnstückkosten wäre zu sagen: sie sind ein Index aus der jährlichen Entwicklung von Stundenlöhnen und Produktivität. Hierbei ist Deutschland deutlich langsamer als Griechenland. Aber das sagt nur sehr beschränkt etwas aus. Wenn z.B. die durchschnittliche Temperaturerwärmung in Mitteleuropa stärker wäre als im Sahararaum, so ist doch jedem klar, das trotzdem Marokko verglichen mit Deutschland ein Sonnenland bleibt. Und wenn sich die Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe von 1999 bis 2006 in Deutschland nur von 26,16 auf 30,93 Euro gesteigert haben, in Griechenland jedoch von 10,00 auf 15,65 Euro, bleibt Griechenland trotzdem der Nachzügler.
Die aufgestellte Gläubigerforderung nach Lohnsenkungen in Griechenland, die mit der Lohnstückkostenentwicklung begründet wird, sollte entlarvt werden. Der Artikel erweckt jedoch den Eindruck, als wäre sie begründet.

3. Die Darstellung, dass es für Banken so einfach möglich wäre bei der Europäischen Zentralbank (EZB) Kredite für 1% Zinsen zu bekommen, um damit zu spekulieren, ist naiv. Wäre es so simpel, könnte die griechische Nationalbank ja die Staatsschulden schwuppdiwupp auf 1% herunter umschulden. Ich will hier nicht ausführen, was Leitzins bedeutet (das sind die 1% der EZB). Nur ganz verkürzt: Es ist der Preis für den eine Bank festliegende Vermögenswerte in flüssige verwandeln kann.

4. Im Artikel steht richtig: *Die Rendite der griechischen Staatsanleihen stieg bis Ende April 2010 auf weit über 10 Prozent*. Falsch ist jedoch, wenn danach der Eindruck erweckt wird, der griechische Staat müsse nun über 10% Zinsen bezahlen. Staatsanleihen sind Schuldverschreibungen mit festen Laufzeiten und festem Zinssatz. Z.B. über 10 Jahren zu jährlich 4,5% Zinsen. Der Zins für griechische Staatsanleihen liegt, je nach Laufzeit, zwischen 4 und 5%. Nur diese Summe zahlt der Staat und sie kann sich nicht verändern.
Etwas völlig anderes sind die öffentlich diskutierten Renditen der Staatsanleihen. Sie kommen so

zustande: Da eine Staatsanleihe eine feste Laufzeit hat, ist es nicht möglich sie einfach zurück zu geben und sich das Geld ausbezahlen zu lassen. Einzige Möglichkeit die Anleihe loszuwerden ist, sie an der Börse zum Verkauf anzubieten. Das geht logischerweise nur unter Wert, in der Regel etwa zu 95% der Schuldsomme. In Fall Griechenland gab es nun viele Anleger, die ihre Papiere um jeden Preis loswerden wollten und nur sehr wenige, die bereit waren zu kaufen. So wurden griechische Staatsanleihen zeitweise für weniger als 60% ihres Wertes angeboten. Daraus errechnet sich die Rendite von über 10%, da ja der Zins auf den Nennwert ausgezahlt wird und zum Ende der Laufzeit der Nennwert zurückgezahlt wird. Angeschmiert ist der Anleger, der 40% des Wertes aufgegeben hat, während es dem Staat gleich sein kann, ob er an Herrn A oder Frau B bezahlt.

Der Nachteil für den Staat ist nur, wenn viele bereit sind, für fast jeden Preis ihre Schuldverschreibungen zu verkaufen, ist es für ihn schwierig, einen Kreditgeber für neue Schulden zu bekommen. Es sei denn, es wird viel geboten.

Nachbemerkung: Hätte es mehr „Zocker“ gegeben, die bereit gewesen wären die spottbillig angebotenen Anleihen zu kaufen, hätte Griechenland weniger Zinsprobleme.

Zweite Nachbemerkung: In der US-Immobilienkrise wurden Banken, zu Recht, kritisiert, weil sie Kredite ohne ausreichende Sicherheiten gegeben hatten. In Fall Griechenland wird genau das von den Banken verlangt.

5. Es wird die Ratingagentur Standard & Poor's angepöbeln, weil sie Griechenland-Anleihen zu Ramschpapieren erklärt hat. Der Börsenkurs einer Anleihe oder Aktie ist ein Index für die Kreditwürdigkeit des entsprechenden Landes oder Konzerns. Wenn der Kurs steigt, ist das spontaner Ausdruck für den Glauben an eine höhere Kreditwürdigkeit. Der dahinter stehenden Werts wächst dadurch nicht, so wenig wie ein Fallen des Kurses den Wert vermindert. Ratingagenturen liefern (im besten Fall) Fakten zur Einschätzung der Kreditwürdigkeit. Das sie am Beispiel Griechenland dies erst gemacht haben, als es für jeden bereits offensichtlich war, ist kein Ruhmesblatt, aber so was kann auch der Wettervorhersage passieren. Würde es jemand der „Wetterkarte“ übel nehmen, wenn sie nachträglich einräumt, dass es ergangen hat, wo doch Sonnenschein angesagt war?

6. Der Eindruck wird erweckt, ohne Euro könnten sich schwächere Länder durch Abwertung der Landeswährung „wehren“. Richtig ist: Eine Währungsabwertung wäre mit das schlimmste was den Arbeitenden des betroffenen Landes geschehen könnte.

Stellen wir uns eine eigene griechische Währung vor, die um die Hälfte abgewertet würde. Die Staatsschulden, die auf die Landeswährung lauten, wären um die Hälfte kleiner geworden. Das bedeutete aber auch, dass die Ersparnisse und Rentenansprüche der Griechen um die Hälfte geringer würden. Gleichzeitig wären alle aus dem Ausland kommenden Waren doppelt so teuer. (Das waren in Griechenland immer schon viele.) Zudem sind die Zeiten, als Staatsanleihen ausschließlich auf Landeswährung ausgestellt wurden, lange vorbei. Heute werden Staatsanleihen fast immer in verschiedenen Währungen angeboten (Euro, Dollar ...). Die nicht in Landeswährung ausgestellten Schulden wären aber nach einer Abwertung nicht kleiner. Ebenso wären Schuldenabzahlungsraten, etwa an europäische Rüstungskonzerne, oder Athens U-Bahn und den neuen Flughafen, die beide "Made in Germany" sind, geblieben. Wären die Staatsschulden also wirklich saniert? Keineswegs. Und die einfachen Griechen würden mindestens ähnlich hart belastet, wie bei den heutigen Plänen.

Fazit:

Schlägt nicht den Sack, wenn ihr den Esel meint. Schimpft nicht über die „Spekulanten“, wenn es am Kapitalismus liegt. Griechenlands Schulden sind nicht das Ergebnis eines „Komplots“, sondern von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten.

Sollten systemkritisch denkende Köpfe nicht wenigstens hellhörig werden, wenn von konservativ bis linkssozialdemokratisch, von BILD bis DGB-Zeitungen und darüber hinaus, die gleichen Schuldigen angeprangert werden? („Die Spekulanten sind unsere Gegner“ Angela Merkel.⁵) Da gab es mal einen gewissen Karl Marx, der gespottet hat: *„Die politischen Ökonomen, die vorgeben, die regelmäßigen Zuckungen von Industrie und Handel durch die Spekulation zu erklären, ähneln der jetzt ausgestorbenen*

Schule von Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansahen“⁶

Wieso wird nicht von der griechischen Superrüstung geredet, die eine der Hauptgründe für die Staatsverschuldung ist? So gibt Griechenland 4,3% des BIP für Verteidigung aus, relativ mehr als doppelt so viel wie Deutschland. Auf einer Liste aus dem Jahr 2006 stand Griechenland in den Rüstungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung auf Platz 12 weltweit. Könnte das Stillschweigen etwas mit der deutschen Rüstungsindustrie zu tun haben, die heftig nach Griechenland liefert? Als in der EU die Forderung aufgestellt wurde, dass die Mitgliedsstaaten mindestens 0,5% vom BIP für Rüstung ausgeben sollen, gab es sehr zu Recht heftigen Protest im linken Lager. Wo bleibt der Aufschrei über die 4,3% der griechischen Regierung? Selbst wenn der deutsche Außenminister bei seinem Athenbesuch die überschuldeten Griechen an die Einlösung eines alten Kaufversprechens erinnert, den Erwerb von 60 Eurofightern, bleibt es seltsam leise. Wie wäre es mit der Forderung nach einem Rüstungsexportverbot Deutschlands?

Auch die teuren, schuldentreibenden Prestigeobjekte der griechischen Regierung, wie z.B. Athens U-Bahn, sollten nicht schamhaft verschwiegen werden. Sie wurden möglich, da Griechenland nach dem EU-Beitritt auf besonders zinsgünstige Kredite zugreifen konnte. Die Prestigeobjekte lösten einen gewissen Bauboom aus, stimulierten aber nicht die Gesamtwirtschaft. Denn vieles was bisher in Südeuropa produziert wurde, wird seit einigen Jahren billiger von China und verschiedenen Ländern Osteuropas angeboten. Das zeigt das ganze Dilemma keynesianischer Konjunkturprogramme. Nachbemerkung: Wie sehr der UZ-Artikel in der bürgerlich-keynesianischen Ideologie befangen ist, zeigt die Trennung zwischen *Finanz- und Realwirtschaft*. Auch wenn Kredite und Zins nicht so handfest zu packen sind, wie etwa Kohle, ist der Kredithandel nicht weniger real, als der Warenhandel.⁷

Stellt die Staatsverschuldung die EU oder den Euro in Frage? Beides hat die Regeln des Kapitalismus nicht aufgehoben - nur hatte das jemand vermutet? Die Stufenleiter der Produktivität⁸ zwischen den Ländern ist geblieben und auch der darauf basierende Wertfluss. Der durch den Euro erzwungene starre Wechselkurs zwischen den europäischen Ländern, schwächt das etwas ab und nähert die Durchschnittsprofitraten an, aber er verändert nichts grundlegend. Ein Zurück vor den Euro würde Europa gegenüber den großen Währungsräumen (USA, China, Russland) benachteiligen, die Entindustrialisierung des Kontinents beschleunigen und ist eine rückwärts gewandte, reaktionäre Perspektive. Das Ergebnis wäre eine wirtschaftliche und politische Balkanisierung Europas.

Was tun? Wie wäre es mit der Losung: „*Wenn die Demokraten die Regulierung der Staatsschulden verlangen, verlangen die Arbeiter den Staatsbankrott*“⁹?

Herbert Steeg

- 1 Das Griechenland-Komplott, UZ 21. Mai 2010
- 2 Daten zum Außenhandel aus: Statistisches Bundesamt 2010, Außenhandel - Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland
- 3 Auswärtiges Amt - Wirtschaftsdatenblatt China, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/China/Wirtschaftsdatenblatt.html>
- 4 Daten aus: Arbeitskosten in Europa und Deutschland, IG Metall, Vorstandsverwaltung, Funktionsbereich Tarifpolitik - Europa, Rudolf Welzmüller Frankfurt am Main, November 2007
- 5 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-05/merkel-europaeische-ratingagentur>
- 6 MEW 12, 339
- 7 „Abschaffung des Zinses und des zinstragenden Kapitals ist dagegen Abschaffung des Kapitals und der kapitalistischen Produktion selbst. ... Es ist daher ganz der kleinbürgerlichen Utopisten würdig, dass sie, die Ware wollen, aber nicht das Geld, das industrielle Kapital wollen, aber nicht das zinstragende, den Profit, aber nicht den Zins.“ K. Marx, Theorien über den Mehrwert III, MEW 26.3, 464
- 8 „Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land; sie ist hier größer, dort kleiner. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Verglichen mit der weniger intensiven, produziert also die intensivere nationale Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert, der sich in mehr Geld ausdrückt.“ MEW 23, 583-584
- 9 K. Marx, An die Mitglieder des Kommunistischen Bundes, MEW 7, 253